

NACHRICHTEN

Neue Landrichter

Am 5. 6. 2000 werden die beiden neu ernannten Landrichter Dr. Dieter Santner und Dr. Wilhelm Ungerank ihren Dienst beim Fürstlichen Landgericht antreten. Das Kollegium der Landrichter, das unabhängig für die Aufteilung der richterlichen Geschäfte unter den Landrichtern zuständig ist, hat ihnen die Führung der bereits anhängigen und der anfallenden Vorerhebungen und Voruntersuchungen in Strafsachen sowie die Rechtshilfe in Strafsachen zugewiesen. Da die neuen Landrichter mit kleinen anderen Agenden belastet sind, soll durch diese Geschäftsverteilung die zielführende Bearbeitung der Strafuntersuchungen und die zügige Aufarbeitung der Rückstände garantiert sein.

Eschen: Wechsel im Gemeinderatsteam

ESCHEN: Im Gemeinderat von Eschen steht ein personeller Wechsel bevor. Der anfangs 1999 neu gewählte VU-Gemeinderat Guido Kranz ist seit dem 1. Mai 2000 bei der Gemeinde Eschen als Sachbearbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit tätig. Aufgrund dieser Funktion kann er sein Mandat als Gemeinderat nicht mehr länger wahrnehmen. Gemäss Gemeindegesetz rückt für den Rest der Amtsdauer innerhalb derselben Wahlliste jener Kandidat bzw. jene Kandidatin nach, der/die bei der letzten Wahl die unter den Nichtgewählten höchste Stimmenzahl erreicht hat. Im Falle der VU Eschen ist dies Marlies Amann, Alemannenstrasse, Eschen. Laut Gemeinderatsbeschluss vom 24. Mai soll sie am 23. August 2000 als neue Gemeinderätin vereidigt werden, wie dem soeben veröffentlichten Sitzungsprotokoll zu entnehmen ist. In der gleichen Sitzung beschloss der Gemeinderat zudem einhellig, den Beschäftigungsgrad von Vorsteher Gregor Ott mit Wirkung ab 1. Juni 2000 auf 90 Prozent zu erhöhen. Die Erfahrungen, die er in den vergangenen 15 Monaten als Vorsteher gemacht habe, hätten gezeigt, dass das breite Aufgabengebiet nur in vollamtlicher Tätigkeit zu bewältigen sei, wird Gregor Ott im Protokoll zitiert. Nachdem er in Bezug auf seine bisherigen Tätigkeiten (in der Gewerbe- und Wirtschaftskammer sowie in seiner eigenen Firma) zwischenzeitlich eine befriedigende Lösung gefunden habe, könne er sich nun voll auf sein Amt als Vorsteher konzentrieren. Der Antrag auf eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades wurde diskussionslos befürwortet.

«Experteüberschreitende Verbrechenbekämpfung»

Aufforderung des Bürgerparlamentes: Ein neuer Staatsvertrag macht die Polizei schlagkräftiger

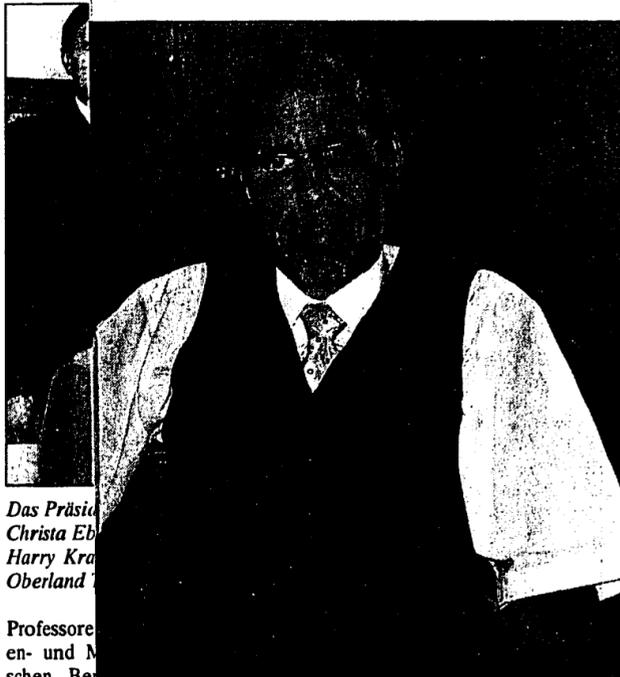
Nachfolgend veröffentlichen wir die Stellungnahme des Präsidiums der FBPL zum Expertenrat im Wortlaut

Angesichts der Vorkommnisse und Medienberichterstattung über den Finanzplatz Liechtenstein ist umgehender Handlungsbedarf unbestritten. Das Präsidium der Bürgerpartei ersucht die Regierung deshalb, unverzüglich einen Expertenrat, einen sogenannten Think Tank («Denkfabrik»), einzusetzen. Dabei bietet die Bürgerpartei der Regierung ihre Mitarbeit an.

Bereits an der Bürgerpartei-Veranstaltung vom 17. April über den Finanzplatz Liechtenstein habe ich der Regierung angesichts der besonderen Situation die Einrichtung eines beratenden Krisenmanagements sowie eines sogenannten Think Tank zur Verbesserung und Weiterentwicklung unseres Finanzplatzes unter Einbezug aller Kräfte des Landes, vorgeschlagen. Die unbefriedigenden Erfahrungen der letzten Wochen haben schonungslos offenbart, dass ein sofort greifendes professionelles Krisenmanagement notwendig ist. Dies hat das Präsidium der Bürgerpartei darin bestärkt, die Regierung aufzufordern, im Interesse des Landes umgehend einen «Expertenrat Liechtenstein» einzurichten und zu ernennen.

Beirat von internationalem Ansehen

Der international und überparteilich besetzte Expertenrat Liechtenstein soll aus 10 bis maximal 12 im In- und Ausland anerkannten Persönlichkeiten bestehen, aus erfahrenen Unternehmern aus Industrie, Handel und Gewerbe, Experten aus dem Banken- und Treuhandbereich, Wirtschaftsethikern, Philosophen,



Das Präsidium der FBPL: Christa Ebner, Harry Kraus, Oberland

Professoren und Medienberichterstattung über den Finanzplatz Liechtenstein habe ich der Regierung angesichts der besonderen Situation die Einrichtung eines beratenden Krisenmanagements sowie eines sogenannten Think Tank zur Verbesserung und Weiterentwicklung unseres Finanzplatzes unter Einbezug aller Kräfte des Landes, vorgeschlagen. Die unbefriedigenden Erfahrungen der letzten Wochen haben schonungslos offenbart, dass ein sofort greifendes professionelles Krisenmanagement notwendig ist. Dies hat das Präsidium der Bürgerpartei darin bestärkt, die Regierung aufzufordern, im Interesse des Landes umgehend einen «Expertenrat Liechtenstein» einzurichten und zu ernennen.

und natürlich auch zwischen Liechtenstein und Österreich abgehandelt werden soll, dann gestaltet eine aktive Zusammenarbeit schon schleppender besserung liegt in der Natur der Sache. Man muss über Verdachtsfälle, die in verschiedenen Bereichen aber dennoch weiter wie das Schengener Abkommen. Wir dürfen dann Liechtensteiner Hoheitsgebiet betreten, wenn es nötig ist – und wir werden sogar gemeinsame Streifen fahren können.»

Die Adaption war aufgrund der jahrelangen gutnachbarschaftlichen Beziehungen relativ einfach. Man hat gut zusammengearbeitet und es ist sinnvoll, dass gewisse Dinge endlich verbessert und bereinigt wurden.» Das Expertenteam hat selbstverständlich auch mit den Aussen-, Justiz- und Innenministerien aller drei Länder zusammengearbeitet. Die Initialzündung für den neuen Staatsvertrag hat laut Dr. Marent die Schweiz eingeleitet, weil man offensichtlich doch etwas neidisch auf die Möglichkeiten, die das Abkommen von Schengen bietet, war: Die Schweiz strebt einen ähnlichen Sicherheitsstandard an.

Eine Expertentruppe hat sich diesbezüglich schon vor zwei Jahren zusammengesetzt und mit einer Bestandaufnahme ein Überdenken eingeleitet. Dass man gut zusammengearbeitet, beweist die Tatsache, dass gewisse Möglichkeiten, die der neue Vertrag bietet, bereits jetzt umgesetzt werden. Das Team hat sich genau überlegt, wie der Status Quo ist – und wo Verbesserungen einzuleiten sind. Für Liechtenstein

brecher flüchtet. In Richtung Deutschland haben wir keine derartigen Probleme, weil das Abkommen von Schengen da gewisse Freiheiten lässt. Der neue Vertrag geht in verschiedenen Bereichen aber dennoch weiter wie das Schengener Abkommen. Wir dürfen dann Liechtensteiner Hoheitsgebiet betreten, wenn es nötig ist – und wir werden sogar gemeinsame Streifen fahren können.»

Die Adaption war aufgrund der jahrelangen gutnachbarschaftlichen Beziehungen relativ einfach. Man hat gut zusammengearbeitet und es ist sinnvoll, dass gewisse Dinge endlich verbessert und bereinigt wurden.» Das Expertenteam hat selbstverständlich auch mit den Aussen-, Justiz- und Innenministerien aller drei Länder zusammengearbeitet. Die Initialzündung für den neuen Staatsvertrag hat laut Dr. Marent die Schweiz eingeleitet, weil man offensichtlich doch etwas neidisch auf die Möglichkeiten, die das Abkommen von Schengen bietet, war: Die Schweiz strebt einen ähnlichen Sicherheitsstandard an.

Eine Expertentruppe hat sich diesbezüglich schon vor zwei Jahren zusammengesetzt und mit einer Bestandaufnahme ein Überdenken eingeleitet. Dass man gut zusammengearbeitet, beweist die Tatsache, dass gewisse Möglichkeiten, die der neue Vertrag bietet, bereits jetzt umgesetzt werden. Das Team hat sich genau überlegt, wie der Status Quo ist – und wo Verbesserungen einzuleiten sind. Für Liechtenstein

hat Polizeichef Reto Brunhart an dem Paket mitgearbeitet.

Die wichtigsten Punkte gestalten sich wie die Schengener Bestimmungen: Grenzüberschreitende Observation, gemeinsame Fahndungskonzepte werden möglich sein, der Datenschutz wird verbessert, die Alarm- und Ausbildungspläne werden besser aufeinander abgestimmt. «Wichtig ist auch, dass der Datentransfer und die Kommunikationsschienen dann endlich kompatibel sind.» Was nicht möglich ist, das ist der Zugriff auf den Schengen-Computer, weil die Schweiz und Liechtenstein für Österreich immer noch EU-Ausgangspunkt ist. «Eigentlich müssten wir unsere Nachbarn wie Drittländer behandeln, aber das ist nicht nötig – wir haben den liberalen Grenzverkehr eigentlich immer forciert. Schengen light sozusagen ...»

Man hat täglich miteinander zu tun: «Es ist im Alltag ein laufender Prozess – mit Liechtenstein und der Ostschweiz kommunizieren wir eigentlich rund um die Uhr, insbesondere im kriminalpolizeilichen Bereich. Kleinkriminalität ist das grösste Problem, Diebstähle auch – und Rauschgiftdelikte sowieso. Die Delinquenten sind in erster Linie österreichische, Schweizer und Liechtensteiner Staatsangehörige. Leider müssen wir feststellen, dass die Delikte zunehmen. Keine Frage: Der neue Staatsvertrag ist eine gute und wichtige Sache.»

Was passiert, wenn ein Liechtensteiner in Vorarlberg «erwischt» wird – oder umgekehrt? «Das kommt ganz darauf an», erklärt Dr. Marent: «Es können ganz normale Auslieferungsverfahren eingeleitet werden – dann klinkt sich die Justiz in die Angelegenheit ein. Oft möchten die, die verhaftet werden, auch freiwillig in ihr Land abgeschoben werden. Dann ist die Sache unkompliziert und alles geht ganz schnell über die Bühne. Wir haben auch Abkommen, die es möglich machen, das beispielsweise ein Liechtensteiner, der hier ein Verbrechen begeht, die Strafe in Liechtenstein absitzen muss.»

Der neue Staatsvertrag ist eine gute Basis für eine verbesserte grenzüberschreitende Verbrechenbekämpfung. Gut war sie ohnehin immer schon: «Speziell mit Liechtenstein läuft die Kooperation schon seit Jahrzehnten wirklich optimal. Das haben meine Vorgänger schon betont, freut sich der Sicherheitsdirektor.»

REKLAME

DROGEN RICHTIG EINSCHÄTZEN

FEHLINFORMATION
«Abhängige, die nicht freiwillig zum Drogenentzug bereit sind, werden hinter Schloss und Riegel...»

Dies ist keine eine geeignete Massnahme um Menschen von einer Drogenabhängigkeit zu befreien. Abhängige können sich nicht in Gefängnissen und durch geschlossenen Institutionen mit Drogen absetzen. Der Drogenentzug muss in der Freiheit geschehen. Das Drogenentzugszentrum...
Zentrum für Drogenentzug...
Die Adresse des Zentrums... Tel. 726 71 72

FEHLINFORMATIONEN DURCHSCHAUEN

Die Tunnel- und Strassen

Stellungnahme der Freien Liste

Jetzt steht es schwarz auf weiss und ist durch die Studie «Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs» von der Regierung offiziell bestätigt worden: Der Letzetunnel verlagert die Verkehrsströme auf den Grenzübergang Schaanwald/Tisis, generiert Neuverkehr und verursacht in der Summe mindestens 20 Prozent Mehrverkehr. Gorbachs Märchen von der «kleinen Südmfahrungs Feldkirch» ist damit endgültig geplatzt.

Dieses Ergebnis ist kein überraschender Wurf, liegt es doch bereits seit 1996 vor. Damals kam die ETH-Studie zu den nahezu exakt gleichen Aussagen wie die neueste Studie. Zum Mehrverkehr durch den Tunnel hält die ETH-Studie fest: «Der Letzetunnel allein zieht Verkehrsmengen in der Grössenordnung zwischen 18 und 24 Prozent an.»

Und auch das belegte die ETH-Studie bereits 1996: Fahrzeuge, welche bisher andere Grenzübergänge nutzen, verlagern sich durch den Tunnel neu auf den Grenzübergang Schaanwald/Tisis. Diese Konzentration beträgt 1800 bis 1900 Fahrzeuge pro Tag. Zusätzlich entsteht durch den Tunnel Neuverkehr; das sind nochmals 600 bis 1400 Fahrzeuge pro Tag. Abschliessend hält die ETH-Studie fest: «Der Gesamtverkehr am Grenzübergang im Jahr 2005 bewegt sich mit Letzetunnel zwischen 15 400 und 17 000 Fahrzeuge pro

Tag.» Ohne Letzetunnel prognostiziert die Studie bis 2005 «lediglich» eine Zunahme auf 13 000 bis 13 700 Fahrzeuge pro Tag.

Schubladisiert für Gorbach

Das prognostizierte Ausmass der durch den Tunnel verursachten Verkehrszunahme überraschte damals die liechtensteinische Regierung dermassen, dass sie selbst nicht an dieses Geschenk glaubte. Und weil die ETH-Wachstumsraten vollkommen von Gorbachs Nullsummenspielchen und verdummenden Beteuerungen abwichen, verschwand die ETH-Studie in der Schublade und gilt offiziell bis heute nicht, obwohl damals von der Regierung selbst in Auftrag gegeben. Stattdessen machte man Gorbach die Offerte, die ETH-Studie und Vorarlbergs Grunor-Studie zu mixen und damit die Zahlen nach unten zu drücken. Und obwohl auch das MIX-Resultat ernüchternd ist und prognostiziert, dass 95 Prozent des Feldkircher Staatsgebiets durch den Tunnel zusätzlich belastet wird, verkündete Gorbach an Weihnachten 1998: «Feldkirch wird durch den Letzetunnel bis zu 77 Prozent entlastet!» Gorbach gibt sich auch weiterhin unbeirrt und behauptet noch im April 2000 unverfroren: «Letzetunnel und S18 sind keine Transitschleusen sondern echte Umfahrungs- und Entlastungsstrassen, die wieder mehr Lebensqualität bringen.»

Die S18 bringt keine Entlastung für Liechtenstein

Mario Frick und mit ihm die Regierung setzten bis anhin ihre Hoffnung der Verkehrslösung im Rheintal voll auf die geplante Verbindung der beiden Rheintalautobahnen im Raum Wolfurt/Au. Noch im März 1999 stellte Mario Frick fest: «Der Bau der S18 ist, gerade im Hinblick auf die zu erwartenden Entwicklungen, im

Interesse aller in der Region (Regionale Verkehrsmittel) zu regeln. Dieser wurde bereits in den vergangenen Jahren in der Verkehrslösung der S18 zum Ausdruck gekommen. Die Änderungen waren notwendig, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist. Die bisherige Zahl der Fahrzeuge wird durch den Letzetunnel um 20 Prozent zunehmen. Dies ist ein erhebliches Problem, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist. Die bisherige Zahl der Fahrzeuge wird durch den Letzetunnel um 20 Prozent zunehmen. Dies ist ein erhebliches Problem, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist.

Die Änderungen waren notwendig, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist. Die bisherige Zahl der Fahrzeuge wird durch den Letzetunnel um 20 Prozent zunehmen. Dies ist ein erhebliches Problem, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist. Die bisherige Zahl der Fahrzeuge wird durch den Letzetunnel um 20 Prozent zunehmen. Dies ist ein erhebliches Problem, weil die Zahl der Fahrzeuge im Ansteigen ist.

Mit Umfahrung

Wenn allein der Verkehr in Schaanwald 20 Prozent in die Höhe gehoben hat dann erst «Ersatzsträsschen» Umfahrung von Gorbach nicht vorstellbar ist. Die bei einer Realisierung der Umfahrung im Rheintal zurollt, zu schweizerisches Gebiet führt der nun vor Schluss kommt, das Wachstum des Güterverkehrs in Vorarlberg zusammen.



(Archivbild)

Forum
Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das Forum dient dazu, dass die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger in den Medien zum Ausdruck kommen können. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte der Zuschriften. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die Zuschriften zu kürzen und zu bearbeiten. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die Zuschriften zu veröffentlichen oder nicht zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die Zuschriften zu veröffentlichen oder nicht zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, die Zuschriften zu veröffentlichen oder nicht zu veröffentlichen.